

## Alternativloser Kapitalismus?

Ist es eigentlich notwendig, etwas zu retten, wenn dieses Etwas ohnehin weltweit auf dem Vormarsch ist? Was soll diese Frage? Nun, Ursula Weidenfeld, Autorin der sonntäglichen „Zwischenrufe“ auf der Meinungsseite im „**Tagesspiegel**“, hat in einem etwas längeren Plädoyer (s. Tagesspiegel vom 23. Oktober) für die Fortexistenz des Kapitalismus geworben. Dieser würde „in vielen Teilen der Welt als Weg großer Teile der Bevölkerung aus Armut und Elend gesehen und gefordert“, schreibt sie, um sodann zu schlussfolgern, dass der Kapitalismus sich „weltweit auf dem Vormarsch“ befände. Ohne ihn „wäre die Welt heute ärmer, ungleicher, ungerechter. Schon deshalb sollen alle ein Interesse daran haben, den Kapitalismus zu retten“.

Wer sich derart weit aus dem Fenster hängt, sollte aufpassen, nicht das Gleichgewicht zu verlieren. Fangen wir mit dem „Vormarsch“ an. Sollte sie dieses Wort als Synonym für die Bombardements eingesetzt haben wollen, mit denen die Nato die Bevölkerung in Jugoslawien, Afghanistan, Irak und zuletzt in Libyen terrorisiert hat, könnte man ihr gedanklich folgen, allerdings auch nur so weit, bis man über die im Komparativ genannten Adjektive „ärmer“, „ungerechter“ und „ungleicher“ stolpert. Lassen wir Jean Ziegler zu Wort kommen. Der Schweizer Soziologe und Politiker war von 2000 bis 2008 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung. Seit 2008 ist er Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates. Auf die Frage „was läuft falsch in der Welt, gab er diese Antwort: *„Die Goldberge steigen im Westen und die Leichenberge im Süden. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 47000 Menschen sterben jeden Tag an Hunger und mehr als eine Milliarde Menschen, fast ein Sechstel der Menschheit, ist permanent schwerst unterernährt. Das Finanzkapital hat sich autonomisiert. Auf den Finanzplätzen der Welt zirkulieren täglich gemäß Weltbankstatistik ca. 1000 Milliarden Dollar, die ihre monetäre oder juristische Identität wechseln. Davon sind nur 13 Prozent wertschöpfendes Kapital, z.B. eine Investition oder Bezahlung für eine Warenlieferung. 87 Prozent sind reines Spekulationskapital. Die Oligarchen dieses Spekulationskapitals, vollständig losgelöst von irgendeiner Realwirtschaft, beherrschen die Welt. Die haben eine Macht, wie sie in der Geschichte der Menschheit nie ein König, Kaiser oder Papst gehabt hat.“* Diese Einschätzung findet ihre Bestätigung in einer Forschungsarbeit, die von Wissenschaftlern der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich geleistet und erst vor wenigen Tagen veröffentlicht worden ist. Dieser Studie zufolge kontrollieren genau 147 Megakonzerne rund 40 Prozent der Weltwirtschaft. Sie dürfen raten, welche Unternehmen den Löwenanteil dieser „Übermächtigen“ darstellen. Richtig, es sind solche der Finanzindustrie. Die aber, das haben wir alle spätestens seit der Finanzkrise gelernt, funktionieren ausschließlich nach dem Prinzip der Profitmaximierung. Und maximieren – das wissen die Akteure der Branche nur allzu gut – lässt sich der Profit viel schneller, wenn man das Geld als Spekulationsobjekt zur Börse trägt. Diese, mit dem beschönigenden Etikett „Märkte“ versehen, wurde so zur bestimmenden Bezugsinstanz für die Wirtschaft – aber auch für die Politik. Die hatte nämlich bereits unter der Schröder/Fischer-Regierung neue Spielregeln für die Finanzmärkte durchgesetzt und mit der Generierung neuer sogenannter Finanzprodukte dafür gesorgt, dass die Großbanken sich von ihrem eigentlichen Kerngeschäft, nämlich die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen,

verabschiedet haben. Deren Entscheidung, schreibt Sahra Wagenknecht in ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“, „ihr Geld nicht länger in ‚Fabriken und Kanalbauten‘ zu versenken, und statt dessen auf hochriskante Zockerstrategien zu setzen war wohlkalkuliert. Mit den üblichen Margen braver Mittelstandskredite wäre man nämlich nie in die hehre Region von 25 Prozent Eigenkapitalrendite vorgestoßen“. Auf diese Weise wurden, solange es funktionierte, grandiose Gewinne einfahren. Als es schief ging, hat man ihnen solche Rettungsringe zugeworfen, die es ihnen erlaubten, erhobenen Hauptes über Wasser gehen zu können.

Das vorläufige Ergebnis dürfen wir staunend und schockierend besichtigen: Während sich in den Händen nur weniger ein atemberaubender Reichtum angehäuft hat, wurde aus der Finanzkrise dank zahlreicher Bankenrettungspakete eine veritable Staatsschuldenkrise, die eine Vermögensstruktur offenlegt, die sich mit einem Satz aus vordemokratischen Zeiten auf den Punkt bringen lässt: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat genommen werden“, heiße es im Matthäus-Evangelium (25,29). „Wer da hat“, das sind in Deutschland 10 Prozent aller Erwachsenen über 17 Jahre. Sie verfügen heute über 61,1 Prozent des Gesamtvermögens; die obersten 5 Prozent hocken auf 46 Prozent, und das oberste 1 Prozent besitzt 23 Prozent des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite stehen für die „unteren“ 50 Prozent im Schnitt Null Vermögen zu Buche. Und der Anteil der Vollzeitbeschäftigten – um nur ein Beispiel zu nennen –, die einen Niedriglohn erhalten, liegt mittlerweile bei knapp 23 Prozent, Tendenz steigend.

Zurück zur Behauptung, die Welt ohne Kapitalismus sei „Ärmer, ungleicher, ungerechter? Es ist nur schwer vorstellbar, dass die Wirtschaftsjournalistin Weidenfeld diese und ähnliche statistische Erhebungen nicht kennt. Das hindert sie aber nicht, uns auch ein weiteres Agitations-Mantra anzubieten: „Nur ein System, das auf Eigentum und der Freiheit beruht, nach Gewinn streben zu dürfen, wird den Bedürfnissen der Menschen nach Wohlstand und Fortschritt gerecht.“ Warum auch!? Sie macht ja nur ihren Job. Im Westen Deutschlands hat der Antikommunismus den Rang einer Staatsdoktrin, die immer aufs Neue auch und gerade von der veröffentlichten Meinung bedient werden muss. Um den Schein der Objektivität zu wahren, gehört zu diesem Geschäft auch die Kritik, so darf getrost auf Fehlsteuerungen, auf Auswüchse oder auf die Gier der Finanzjongleure hingewiesen werden. Ja, und man darf mitunter sogar vom entfesselten Kapitalismus oder gar vom Raubtier-Kapitalismus sprechen. (Kurze Zwischenbemerkung: Raubtiere sind Großkatzen, die, weil sie über einen Überlebensinstinkt verfügen, u. a. Gazellen, Gnus und Zebras jagen. Deren Fleisch fressen sie – aber nur so lange, bis sie satt sind – da liegt der Unterschied) Aber bei aller Kritik darf die rote Linie nicht überschritten werden; schließlich und endlich muss es immer heißen; dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt, dass er also – Merkels Lieblingswort – alternativlos ist.

Damit auch wirklich keine Zweifel an dieser Auffassung aufkommen, fügt Frau Weidenfeld noch hinzu, dass der „Zusammenbruch der kommunistischen und sozialistischen Systeme“ die Alternativlosigkeit des herrschenden Systems bewiesen habe. Wer dann immer noch mit dem Gedanken spielt, die Systemschranken einreißen zu wollen, soll mit dem Beiwerk „Stasi“, „Mauer“, „Gulag“ u.s.w. entwapfnet und ruhiggestellt werden. Aber irgendwann wird diese

Munition verschossen sein. Was selbstverständlich nicht heißen soll, dass die Linke auf den Faktor Zeit setzt, die bekanntlich alle Wunden heilt. Im Gegenteil: Wir wollen nie vergessen, welche Verbrechen von Menschen ausgeübt wurden, die an der Spitze von Parteien standen, die sich kommunistisch oder sozialistisch nannten. Dieses Erbe lastet auf alle, die ihr Denken und Handeln in die Traditionslinie eines antifaschistischen Humanismus stellen und sich für eine Gesellschaft engagieren, die sozialökonomisch und -ökologisch auf dem Gemeineigentum an den Wirtschaftsgütern beruht. Noch aber sind die Gegner eines solchen Gesellschaftsmodells wirkmächtig, wenn sie bei jedem sich bietenden Anlass jede Menge Tränen aus ihren Augen fließen lassen, um der „Opfer des kommunistischen Terrors“ zu gedenken. Es sind aber nur Krokodilstränen; denn in Wirklichkeit sind sie heilfroh, dass es dieses dunkle Kapitel in der Geschichte des Sozialismus gegeben hat. Es ist ihre Trumpfkarte, die auf jeder zweiten Talkschau gezogen wird, sobald über das erlaubte Maß an Kapitalismus-Kritik hinaus „ihr“ System infrage gestellt wird. Da werden die Vertreter der Linkspartei noch lange einen schweren Stand haben. Schließlich können sie nicht wie die katholische Kirche ihre Untaten dadurch vergessen machen, indem sie ihre Opfer heilig sprechen. „Nicht jede Institution besitzt die Möglichkeit, ihre Geschichte auf diese gottgefällige Weise zu ‚bewältigen‘“, bemerkt der Historiker Kurt Pätzold lakonisch. Stimmt!

Der These aber, „der Zusammenbruch der kommunistischen und sozialistischen Systeme“ habe bewiesen, dass deren Gesellschaftsmodell für immer und ewig als untauglich einzustufen sei, widersprechen wir vehement. Abgesehen von der Tatsache, dass es bislang noch keinen kommunistischen Staat gegeben hat, stimmt die Wortwahl allenfalls nur bedingt. Es wäre angebrachter, von einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu sprechen. Denn die Westmächte haben von Anfang jedes Mittel – militärisch und ökonomisch – eingesetzt, um die ersten auf staatlicher Ebene unternommenen Versuche, aus der Klassenherrschaft auszubrechen, scheitern zu lassen. Dies ist ihnen erst einmal auch gelungen. Bewiesen ist damit aber noch gar nichts. Ein neuer Tauglichkeitsnachweis wird erbracht werden – früher oder später. Mit ihrem ersten Grundsatzprogramm hat Die Linke bereits Anlauf genommen, die hysterischen Reaktionen der bürgerlichen Parteien in der eiligst einberufenen aktuellen Stunde im Bundestag bestätigen auf ihre Weise, dass die Richtung stimmt. Muss sie auch. Denn, so lässt uns die US-amerikanische Historikerin Ellen Meiksins Wood wissen, „wenn es zum Kapitalismus keine Alternative gibt, stecken wir alle in sehr großen Schwierigkeiten. Ich denke nicht, dass das, was wir heute erleben, nur ein Fehler oder ein vorübergehendes Aufflackern ist. Ich denke, dass wir es hier mit dem kapitalistischen System als solchem zu tun haben: Menschen und Natur werden dem Profit geopfert... (es) wird wahrscheinlich zunehmend grauenhaft, um nicht zu sagen selbstzerstörerisch, da das System gerade jene Menschen zerstört, von denen seine Profite abhängen.“ Dann fügt sie noch hinzu, dass das „nicht bedeutet, dass all dies nicht für eine lange Zeit so weiter gehen kann. Doch mehr und mehr Menschen erkennen die neue Realität“. Ursula Weidenfeld ist zwar der Ansicht, dass es „höchste Zeit wird, den Kapitalismus zu rehabilitieren“, wir, Die Linke, aber stehen auf dem Standpunkt, dass es höchste Zeit wird, ihm eine „Patientenverfügung“ (U. Priol) aufzuzwingen

Hans Schoenefeldt

3. Nov. 2011

